

Haupt, Marlene; Yollu-Tok, Aysel

Article

Ergänzende Altersvorsorge: Akzeptanz, Vertrauen und Ausgestaltung aus Verbrauchersicht

Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Haupt, Marlene; Yollu-Tok, Aysel (2014) : Ergänzende Altersvorsorge: Akzeptanz, Vertrauen und Ausgestaltung aus Verbrauchersicht, Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, ISSN 1861-1559, Duncker & Humblot, Berlin, Vol. 83, Iss. 3, pp. 19-39, <https://doi.org/10.3790/vjh.83.3.19>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130202>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ergänzende Altersvorsorge – Akzeptanz, Vertrauen und Ausgestaltung aus Verbrauchersicht

MARLENE HAUPT UND Aysel YOLLU-TOK*

Marlene Haupt, Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Munich Center for the Economics of Aging (MEA), E-Mail: haupt@mea.mpsoc.mpg.de
Aysel Yollu-Tok, Hochschule München, University of Applied Sciences, Munich, E-Mail: aysel.yollu-tok@hm.edu

Zusammenfassung: Studien zu privaten Altersvorsorgeprodukten beschäftigen sich zunehmend mit der Informiertheit der Konsumentinnen/Konsumenten. Mithilfe einer repräsentativen Panelumfrage betrachtet dieser Beitrag darüber hinausgehende Erklärungsansätze für nachfrageseitige Hemmnisse, die eine Präferenzbildung für ergänzende Altersvorsorge, speziell für Riester-Produkte, verhindern können: fehlende oder unzureichende Systemakzeptanz, fehlendes oder unzureichendes Systemvertrauen und die fehlende oder unzureichende Bereitschaft, sich mit der Ausgestaltung der dritten Säule der Altersvorsorge zu beschäftigen. Es zeigt sich, dass ein Großteil der Befragten die normative Ausrichtung der Reform teilt und nicht nur den Staat, sondern auch die/den Einzelne/n als verantwortlich für eine ausreichende Altersvorsorge sieht. Aber auch wenn damit bei Vielen eine Präferenz für eine ergänzende Altersvorsorge besteht, ist ein mangelndes Vertrauen in das Alterssicherungssystem zu attestieren. Schließlich verweigern die Befragten auch die Auseinandersetzung mit der dritten Säule; dies wird am Beispiel der Kostenstruktur und Förderberechtigung von Riester-Produkten gezeigt. Daher müsste die Verbraucherpolitik dahingehend ergänzt werden, dass nicht nur Informationen für potentielle Konsumentinnen/Konsumenten bereitgestellt werden, sondern generell das Vertrauen in die dritte Säule des Alterssicherungssystems gestärkt wird. Aus den Ergebnissen lässt sich zudem schlussfolgern, dass weiterhin eine Aufklärung über die Förderberechtigung bei Riester-Renten erfolgen sollte und dass auch transparentere Kostenstrukturen einen Beitrag zur Verbreitung der privaten Zusatzvorsorge leisten könnten.

→ JEL Classification: D18, G23, H55

→ Keywords: Consumer protection, product transparency, public-private pension mix, Riester pension scheme

* Wir danken Dr. Michela Coppola (MEA München) für die Bereitstellung der Daten zur Verbreitung der ergänzenden Altersvorsorge.

Summary: Studies on private pension provision products have been focusing increasingly on the level of information among consumers. With the aid of a representative panel survey, this essay looks at more extensive approaches to an explanation for restraints on the demand side that may obstruct preference formation with regard to supplementary pension schemes, particularly Riester products: acceptance of and confidence in the system, as well as the readiness to learn about the configuration of the third pillar in old-age provision. The survey shows that the majority of respondents share the view on the normative approach of the reform and consider both the state and the individual responsible for sufficient retirement planning. Despite the fact, however, that many are inclined to take out supplementary pension insurance, a lack of confidence in the old-age provision system is to be acknowledged. Finally, the respondents tend to refuse to get acquainted with third pillar models, which is exemplified by the cost structure and eligibility for grant funding of Riester products. The consumer policy should therefore be complemented in such a way that not only information for potential consumers is made available, but also that consumer confidence in the third pillar of the old-age provision system is strengthened in general. It can also be concluded from these results that, with a view to Riester pensions, information on the eligibility for grant funding should continue to be provided and, further, that more transparent cost structures may also help promote the propagation of supplementary private pension provision.

I Ausgangslage: Ökonomisierung sozialer Sicherung

Der deutsche Sozialstaat steht aufgrund von Veränderungen, wie der Schrumpfung und Alterung der deutschen Gesellschaft, dem Strukturwandel der Wirtschaft und dem daraus entstehenden Wandel der Beschäftigungslandschaft vor finanziellen Herausforderungen (Sesselmeier 2008). Der Staat reagierte und reagiert weiterhin mit Reformen, die auf der normativen Grundlage des Neoliberalismus fußen und damit zu einer grundlegenden Ökonomisierung der wohlfahrtsstaatlichen Politik führen, jeweils mit dem Ziel eines Effizienzgewinns in Kombination mit einer adäquaten Versorgung (Nullmeier 2002, Lamping 2009). Die Ökonomisierung sozialer Sicherungssysteme geht sowohl mit einer Vermarktlichung als auch mit einer Privatisierung staatlicher Aufgaben einher: Der Staat zieht sich nicht nur aus seinen wohlfahrtsstaatlichen Versorgungspflichten zugunsten privater Anbieterinnen/Anbieter zurück, um dem Finanzierungsdruck des Sozialsystems standzuhalten, sondern führt parallel die Marktlogik innerhalb staatlich organisierter Systeme der Absicherung ein (Nullmeier 2004, Blank 2011, Busemeyer et al. 2013). Nach Vogel (2009) bewegt sich der sorgende Staat, der soziale Unsicherheiten minimiert, hin zu einem gewährleistenden Staat, der auf universale Sicherheit verzichtet.

Mit der Ökonomisierung werden Wohlfahrtsmärkte eingerichtet auf denen Marktakteurinnen/-akteure mit sozialen Gütern und Dienstleistungen handeln. Hierbei folgen soziale Güter und Dienstleistungen nicht nur der Logik klassischer Marktgüter, sondern darüber hinaus werden die Leistungsempfängerinnen/-empfänger zu Konsumentinnen/Konsumenten im Sinne der neoklassischen Konsumententheorie (Pindyck und Rubinfeld 2009). Diese Überlegung beruht auf der Vorstellung, dass neoklassische Marktakteurinnen/-akteure rationale Wesen sind, die mit dem Ziel der Nutzenmaximierung eigennützige Entscheidungen treffen. Die hierfür notwendigen Informationen liegen den Akteurinnen und Akteuren uneingeschränkt vor; auch sind sie in der Lage, diese Informationen kognitiv schnell zu verarbeiten – der Mensch handelt also zusammengefasst als Homo oeconomicus (Kirchgässner 2008). Das Interaktionsergebnis von Anbieterinnen/Anbietern und Nachfragerinnen/Nachfragern sozialer Güter und Dienstleistungen ist demnach allokativ effizient. Das optimale Ergebnis soll aber gleichzeitig auch die sozial-

politischen Ziele, das heißt die angemessene Versorgung der Bevölkerung mit sozialen Gütern und Dienstleistungen, erfüllen. Daher tritt der

„Sozialstaat als eigenständiger Produzent von Wohlfahrt zurück, jedoch in der Rolle des sozialen Regulators [...]“ (Hockerts 2011: 16)

noch stärker hervor.

Die Einführung der Riester-Rente im Jahr 2002 ist ein bedeutendes Beispiel für die Ökonomisierungswelle innerhalb des sozialen Sicherungssystems. Bei der Altersvorsorge zeigt sich dies im Speziellen durch die Vermarktlichung und die Teilprivatisierung des Absicherungssystems. Damit die Marktinteraktion zwischen den Marktakteurinnen/-akteuren ohne Hindernisse, das heißt sowohl im Sinne der Marktlogik als auch im Sinne der sozialpolitischen Zielsetzung, stattfinden kann, werden Anreize auf beiden Seiten gesetzt: Auf der Seite der privaten Anbieterinnen/Anbieter werden diese durch den Staat mit der Vermarktung der Riester-Produkte beauftragt und auf der Seite der Konsumentinnen und Konsumenten werden Anreize in Form von Zulagen und Steuervergünstigungen gesetzt, die die Nachfrage nach Riester-Renten erhöhen sollen. Der Erfolg des Marktes für Riester-Renten ist damit auch

„vom Verhalten der Nachfrager abhängig, genauer: von der Fähigkeit der Bürger, die richtigen Entscheidungen zu treffen“ (Blank 2011: 13).

Als idealtypischer Homo oeconomicus soll die Konsumentin beziehungsweise der Konsument ein optimales Altersvorsorgeprodukt eigenverantwortlich auswählen, wobei die nötige individuelle Wahlfreiheit von Seiten des Staates gewährleistet wird. Damit wird die „neue Eigenverantwortlichkeit“ des Individuums bei der Absicherung gegen Risiken betont: Es soll sich der Passivität des „social citizen“ entbinden und im Sinne des „active social citizen“ handeln (Busemeyer et al. 2013). Die/der Sozialbürgerin/-bürger werden normativ zu souverän handelnden Konsumentinnen/Konsumenten, Kundinnen/Kunden sowie Verbraucherinnen/Verbrauchern sozialpolitischer Güter und Dienstleistungen. Da aber den staatlichen Akteurinnen/Akteuren bewusst ist, dass das Konstrukt des Homo oeconomicus letztlich ein idealtypisches Modell ist, wird zur Ermöglichung der faktischen Wahlfreiheit der Konsumentinnen/Konsumenten beispielsweise die Finanzierung unabhängiger Produktvergleiche unterstützt, die es zum Ziel haben, Informationsasymmetrien zu reduzieren.

Das zehnjährige Bestehen der Riester-Rente ist nun vielfach Anlass gewesen, Bilanz zu ziehen und die Erreichung der sozialpolitischen Ziele dieser staatlich geförderten Form der ergänzenden Altersvorsorge zu prüfen. Dabei wurde den Produkten ein Mangel an standardisierten Informationen sowie die damit einhergehende defizitäre Transparenz und Verständlichkeit der Angebote bescheinigt (beispielsweise Hagen und Reisch 2010, Hagen und Kleinlein 2011). Auch wurde auf eine hohe, komplexe und intransparente Kostenstruktur hingewiesen (Oehler 2009, der insbesondere die Verwaltungs- und Vertriebskosten in den Blick genommen hat, Westerheide et al. 2010, Hagen und Kleinlein 2011, die vor allem die Rendite untersucht haben, Gasche et al. 2013, Hagen und Lamping 2013). Darüber hinaus fehlt es einem Teil der Reformadressatinnen/-adressaten an Wissen über die Förderberechtigung. Gerade in den unteren Einkommensgruppen ist dieses mangelnde Wissen am stärksten ausgeprägt (Coppola und Gasche 2011). Eine zu hohe unterstellte und kalkulierte Lebenserwartung wird beispielsweise von Hagen und Kleinlein (2011) als ein weiterer Kritikpunkt genannt. Auch wurde bereits eine geringe Inanspruchnah-

me dieser Möglichkeit der privaten Altersvorsorge attestiert, insbesondere bei der Gruppe der Geringverdienerinnen/-verdiener (Coppola und Reil-Held 2009, Geyer und Steiner 2009).

Zusammenfassend kommt somit der Großteil der Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass Informationsasymmetrien zwischen den Marktakteurinnen/-akteuren bestehen, die das Zustandekommen eines optimalen Marktergebnisses verhindern, womit Wohlfahrtsverluste verursacht und das sozialpolitische Ziel der Versorgung verfehlt wird. An dieser Schaltstelle setzt die Verbraucherpolitik an, deren Aufgabe es ist, die Asymmetrie zwischen den Marktakteurinnen/-akteuren abzubauen.

Die bisher vorliegenden Arbeiten beschäftigen sich mit Teilaspekten der Informiertheit der Konsumentinnen/Konsumenten und der Verarbeitung von Informationen durch diese. Um seitens der Verbraucherpolitik einen effizienten Instrumenteneinsatz gewährleisten zu können, müssen jedoch auch subjektive Einflussfaktoren auf die Entscheidungen von Konsumentinnen/Konsumenten berücksichtigt werden, wie beispielsweise Einstellungen zur Eigenverantwortlichkeit, Vertrauen in das reformierte Alterssicherungssystem sowie die Bereitschaft, sich mit diesem auseinanderzusetzen. Im Sinne der empirischen Sozialforschung geht es hierbei genauer gesagt um die subjektiv wahrgenommene beziehungsweise erlebte Qualität der Altersvorsorge-Produkte. Dieser Beitrag setzt es sich daher zum Ziel, nachfrageseitige Hemmnisse bei der ergänzenden Altersvorsorge, insbesondere am Beispiel der Riester-Rente, über die Informationsebene hinaus darzulegen: Untersucht wird die Einstellung zum bestehenden Alterssicherungssystem, das Systemvertrauen und die Bereitschaft der Konsumentinnen/Konsumenten, sich mit dem System der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge auseinanderzusetzen. Damit sollen weitere Anhaltspunkte für mögliche Asymmetrien ausgewählter Teilsysteme der Vorsorge für das Alter aufgedeckt werden, um schließlich Reformempfehlungen für die Verbraucher- und Sozialpolitik abzuleiten. Nicht Gegenstand des Beitrags ist hingegen das Ausmaß nachfrageseitiger Hemmnisse im Vergleich zu angebotsseitigen und auch nicht die Stärke der verschiedenen nachfrageseitigen Hemmnisse.

2 **Konzeptionelle Überlegungen zu Akzeptanz, Vertrauen und Ausgestaltung von ergänzender Altersvorsorge**

Nachfrageseitige Hemmnisse können bereits vor der Beschaffung und Verarbeitung von Informationen entstehen. Einstellungen von Betroffenen, die sich gegen die normative Zielsetzung richten, können zu Akzeptanzproblemen führen (Yollu-Tok 2010). Diese Probleme wiederum verhindern das Zustandekommen normativ gewünschter Präferenzen. Beispielsweise ging die Riester-Reform mit der Annahme einher, dass mit Anreizen in Form von Zulagen und Steuervergünstigungen die Präferenz für die dritte Säule der Altersvorsorge auf Seiten der Konsumentinnen/Konsumenten gesteigert werden kann. Wenn aber die normative Idee der Eigenverantwortlichkeit seitens der Konsumentinnen/Konsumenten nicht umgesetzt wird, kann die Präferenzbildung gestört werden. Die grundsätzliche Systemakzeptanz spielt gerade für die Legitimation, die Ausgestaltung, die Funktionsfähigkeit sowie für den Erhalt als auch für die Umgestaltung von Reformen eine entscheidende Rolle (Yollu-Tok 2010). Denn nur wenn die normativen Ziele bei

„einer Mehrheit der wohlfahrtsstaatlichen Adressaten grundsätzlich auf Zustimmung stoßen und insofern von einer supportiven Wohlfahrtskultur getragen werden, können soziale Sicherungssysteme ihren vielschichtigen Anforderungen gerecht werden“ (Ullrich 2008: 13).

Damit ist gemeint, dass die normative Zielsetzung erreicht werden kann, wenn die Mehrheit der Reformadressatinnen/-adressaten die veränderte beziehungsweise neue Wohlfahrtskultur unterstützen. In diesem Beitrag wird daher zuerst die Einstellung zum Alterssicherungssystem betrachtet und hierbei konkret gefragt, ob die Konsumentinnen/Konsumenten die Altersvorsorge eher in der Verantwortung des/der Einzelnen oder in der Verantwortung des Staates sehen. Ob sich die systemkonforme Einstellung aus einer bewusst positiven Einstellung, durch Anpassung oder aber durch eine unreflektierte Übernahme der Norm ergibt, wird hier nicht weiter untersucht. Die systemkonforme Entscheidung der Konsumentinnen/Konsumenten in Bezug auf eigenverantwortliches Handeln entscheidet nicht alleinig darüber, ob die Bürgerin beziehungsweise der Bürger als souveräne/r Konsumentin/Konsument agiert oder nicht. Trotz bestehender Präferenzen kann beispielsweise fehlendes Vertrauen in das System dazu führen, dass die Konsumentin/der Konsument die Entscheidungsfindung abbricht (Dießel 2012). Folglich ist für eigenverantwortliches Handeln der/s Bürgerin/Bürgers auch Vertrauen in das System der privaten und gesetzlichen Altersvorsorge notwendig, da es die Komplexität der Entscheidungsfindung reduziert (Luhmann 2000) und nachfrageseitige Hemmnisse abzubauen vermag. In diesem Beitrag wird daher im zweiten Schritt überprüft, inwiefern die Befragten den Aussagen zur Sicherheit der privaten und der gesetzlichen Altersvorsorge zustimmen.

Eine systemkonforme Einstellung im Sinne von Eigenverantwortlichkeit sowie das Vertrauen in das Altersvorsorgesystem sind notwendige Elemente für das Erreichen der sozialpolitischen Reformziele, jedoch sind sie nicht hinreichend für den Abschluss und das Besparen beispielsweise eines Riester-Vertrages. Folglich ergibt sich die Frage, inwieweit sich die Konsumentinnen/Konsumenten mit der dritten Säule der Altersvorsorge beschäftigen. Eigenverantwortliche Altersvorsorge kann natürlich auch im Rahmen der zweiten Säule, das heißt der betrieblichen Alterssicherung, erfolgen; dies ist aber nicht Gegenstand des Beitrags. Überprüft wird, wie die Reformadressatinnen/-adressaten die Ausgestaltung des Systems am Beispiel einer Kostenbewertung von Riester-Produkten und der Förderberechtigung bei der Riester-Rente einschätzen. Hierbei geht es nicht nur um die kognitiven Fähigkeiten, also um die korrekte Beschaffung und Verarbeitung von Informationen, sondern auch darum, ob eine Auseinandersetzung mit dem System der Riester-Rente grundsätzlich verweigert wird (aus Gründen des „Nichtwissens“ beziehungsweise des „Nichtwollens“). Eine Entscheidungsfindung würde in letzterem Falle erst gar nicht eingeleitet werden, womit die normative Zielsetzung einmal mehr verfehlt werden würde. Am Beispiel von Kosten- und Förderstrukturen wird daher im letzten Schritt überprüft, ob die Auseinandersetzung mit der Systemausgestaltung der Riester-Rente seitens der Konsumentinnen/Konsumenten verweigert wird und dies damit ebenfalls ein nachfrageseitiges Hemmnis darstellen kann.

Aus den konzeptionellen Überlegungen leiten sich folgende Leitbegriffe und Fragestellungen des Beitrags ab, die sich ausschließlich auf weiche Faktoren beziehen, deren Bezug zu harten Faktoren wie Einkommen und Bildung aber nicht Gegenstand der Arbeit ist:

- Systemakzeptanz: Deckt sich die mit der Ökonomisierung einhergehende normative Zielsetzung der eigenverantwortlich handelnden Bürgerin beziehungsweise des

eigenverantwortlich handelnden Bürgers mit der individuellen Einstellung der Konsumentinnen/Konsumenten?

- Systemvertrauen: Wird der ersten beziehungsweise der dritten Säule der Altersvorsorge vertraut, das heißt, werden die private und die gesetzliche Altersvorsorge als ein sicheres System empfunden?
- Systemausgestaltung: Wird die Auseinandersetzung mit der Riester-Rente (insbesondere mit Blick auf die Kosten- und Förderaspekte) teilweise verweigert?

3 Datengrundlage

Die folgende Analyse basiert auf dem SAVE-Datensatz (Sparen und Altersvorsorge in Deutschland). Bei der SAVE-Studie handelt es sich um eine ab 2001 erhobene und von 2005 bis 2013 fast jährlich durchgeführte repräsentative Panelumfrage im Papierfragebogenformat, die zum Ziel hat, das Spar- und Altersvorsorgeverhalten deutscher Privathaushalte zu analysieren. In SAVE werden dazu detailliert quantitative Informationen zu ökonomischen Variablen wie Einkommen, Spareinlagen und Vermögenshöhe sowie für das langfristige Planen relevante soziopsychologische und gesundheitliche Aspekte erhoben (für eine umfassende Einführung in das Design von SAVE siehe Börsch-Supan et al. 2009). Als Untersuchungseinheiten werden im Folgenden Individuen betrachtet. Für verschiedene Analysen wird die Haushaltsebene jedoch ergänzend hinzugezogen, da bestimmte Variablen wie Ersparnis und Vermögen nur in aggregierter Form vorliegen.

Da die für die Analyse relevanten Fragen zur Systemakzeptanz, zum Systemvertrauen sowie zur Systemausgestaltung primär in der Befragung SAVE 2013 gestellt wurden, können im Rahmen der folgenden Querschnittsanalyse auch nur diejenigen Individuen betrachtet werden, die zu diesem Zeitpunkt noch Teil des Panels waren (1430 Beobachtungen). Die Systemausgestaltung wird in diesem Beitrag durch die Einschätzung der Förderberechtigung sowie durch die Einschätzung der Kostenhöhe von Riester-Produkten operationalisiert, wengleich es selbstverständlich weitere Gestaltungselemente gibt. Die Frage zur Förderberechtigung bei der Riester-Rente wurde bereits in SAVE 2010 gestellt. Die Paneldimension von SAVE wird dahingehend ausgenutzt, dass Informationen sowohl zu Altersvorsorge- und Finanzwissen als auch zu kognitiven Fähigkeiten, die insbesondere 2009 erhoben wurden, für die Analyse herangezogen werden.

Da zudem vor allem die Einschätzung der Kosten von Riester-Verträgen und die individuelle Förderberechtigung nur für die Befragten interessant sind, die sich noch im erwerbsfähigen Alter befinden, wurden alle Ruheständlerinnen/Ruheständler aus der Analyse ausgeschlossen. Die folgende Analyse umfasst damit 728 Beobachtungen. Um Verzerrungen durch die Antwortverweigerung einzelner Fragen (*item-nonresponse*) zu vermeiden, deren Gründe zum Beispiel sowohl in der Unkenntnis der Antwort als auch dem Willen zur Erhaltung der Privatsphäre liegen können, wird der SAVE-Datensatz zudem durch ein multiples Imputationsverfahren auf Basis eines Markov-Ketten-Monte-Carlo-Verfahrens imputiert. Den Nutzerinnen/Nutzern stehen fünf vollständig imputierte Datensätze für jede SAVE-Welle zur Verfügung, wobei die Unterschiede die Unsicherheit über den wahren Wert der fehlenden Variablen reflektieren (Börsch-Supan und

Kasten 1

Deskriptive Statistiken für die untersuchte Stichprobe

Variable	Mittelwert	Standardabweichung	Minimum	Maximum
<i>Soziodemografie</i>				
Alter	43,54	10,87	25	65
Männlich (d)	0,42	0,49	0	1
In Ostdeutschland lebend (d)	0,29	0,45	0	1
Mit einem Partner zusammenlebend (d)	0,65	0,48	0	1
Haushaltsgröße	2,55	1,20	1	8
Kinder § (d)	0,64	0,48	0	1
Haupt-/Volksschulabschluss (d) §	0,22	0,42	0	1
Mittlerer Abschluss (d) §	0,43	0,50	0	1
Fachhochschulreife/Abitur (d) §	0,34	0,48	0	1
Keine Ausbildung-/Sonstiger Abschluss (d) §	0,16	0,37	0	1
Berufsausbildung (d) §	0,63	0,48	0	1
Hochschulabschluss (d) §	0,21	0,41	0	1
Erwerbstätig – Vollzeit (d)	0,49	0,50	0	1
Erwerbstätig – Teilzeit (d)	0,20	0,40	0	1
Geringfügig/gelegentlich beschäftigt (d)	0,15	0,36	0	1
Nicht erwerbstätig (d)	0,16	0,37	0	1
<i>Ersparnisbildung und Altersvorsorge</i>				
Mit den Einkünften sehr gut/gut auskommen (d)	0,51	0,50	0	1
Sparverhalten – regelmäßiges/flexibles Sparen (d)	0,61	0,49	0	1
Sparverhalten – gelegentliches Sparen (d)	0,20	0,40	0	1
Sparverhalten – kein finanzieller Spielraum zum Sparen (d)	0,17	0,38	0	1
Sparverhalten – wollen das Leben genießen sparen nicht (d)	0,01	0,11	0	1
Besitz Wohneigentum (d)	0,52	0,50	0	1
Besitz betriebliche Altersvorsorge (d)	0,30	0,46	0	1
Besitz staatlich geförderte Altersvorsorge (d)	0,43	0,50	0	1
Besitz weder betriebliche noch staatlich geförderte Altersvorsorge (d)	0,43	0,50	0	1
Haushaltsnettoeinkommen (Ende 2012) (in Euro pro Monat)	2 410,42	1 454,58	0	10 000
Nettoäquivalenzeinkommen (Ende 2012) (in Euro pro Monat) #	1 565,54	922,82	0	5 798
Finanzvermögen (Ende 2012 in Euro)	40 260,73	73 151,71	0	894 773

(d) Dummy-Variable. § Abgefragt in SAVE 2010. # Ermittelt nach der Quadratwurzel-Skala (Nettohaushaltseinkommen geteilt durch die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder). Eingeschränkte Stichprobe wie im Text beschrieben. Daten sind imputiert und gewichtet. Berechnungen auf Basis der ersten Imputation (N = 728).

Quelle: SAVE (2013).

Coppola 2010). Für die folgende Querschnittsanalyse wurde der erste der fünf vollständig imputierten Datensätze von SAVE 2013 untersucht (Kasten 1).

Bei der Auswertung einzelner Fragen werden darüber hinaus auch die nicht imputierten Daten herangezogen, um eine Antwortverweigerung bei der betreffenden Frage abbilden zu können. Dies wird methodisch damit begründet, dass den Befragten im Rahmen des beschriebenen Imputationsverfahrens letztlich immer Antwortkategorien zugeordnet werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit dem tatsächlichen Sachverhalt entsprechen. Allerdings wird dann der Anteil der Personen, die eine Antwort abgegeben haben, möglicherweise erhöht, obwohl die Antwort auf die Frage eigentlich verweigert wurde. Aus diesem Grund werden in der vorliegenden Arbeit beispielsweise bei der Analyse der Einschätzung der Kosten und der Förderberechtigung bei der Riester-Rente zusätzlich die nicht imputierten Informationen herangezogen.

Alle Ergebnisse sind zudem unter Verwendung von auf dem Mikrozensus basierenden Gewichten berechnet, die die Beobachtungen nach Alter und Einkommen nachkalibrieren. Die Berechnung der Gewichte in SAVE wurde in Börsch-Supan et al. (2009) und Schunk (2006) technisch dargestellt.

4 Ergebnisse

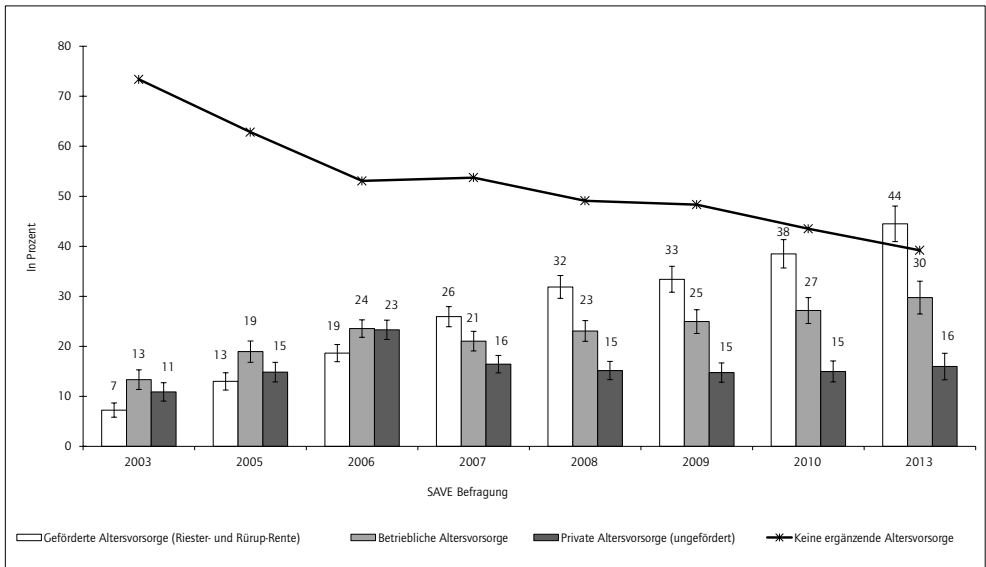
Zunächst soll die Verbreitung der ergänzenden Altersvorsorge zwischen den Jahren 2003 und 2013 gezeigt werden, das heißt, wie tatsächlich ergänzende Altersvorsorge von den Reformadressatinnen/-adressaten in Anspruch genommen wurde.

Abbildung 1 macht deutlich, dass der Anteil der geförderten Altersvorsorge in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, allerdings hat die Dynamik in den letzten Jahren etwas nachgelassen. Der dynamische Anstieg in den ersten Jahren ist vor allem darauf zurückzuführen, dass es sich um die Einführungsphase eines neuen und medial stark beworbenen Produkts handelte. Die beiden anderen Teilsysteme, das heißt die betriebliche und die nichtgeförderte Altersvorsorge, befanden sich damals bereits in der Bestandsphase und sind weniger stark gewachsen beziehungsweise auf konstantem Niveau geblieben.

Darüber hinaus zeigt Abbildung 1 auch, dass zuletzt trotzdem nur 44 Prozent der befragten Haushalte angegeben haben, über einen Vertrag der staatlich geförderten Altersvorsorge zu verfügen (Riester- oder Rürup-Rente). Des Weiteren wird deutlich, dass im Jahre 2013 mehr als ein Drittel der Befragten über keinerlei ergänzende Altersvorsorge verfügte. Seit der Riester-Reform ist der Wert zwar kontinuierlich gefallen, verharrt nun aber bereits seit einigen Jahren auf gleichem Niveau und lag zuletzt bei 39 Prozent. Die zunehmende, aber nicht universelle Verbreitung der ergänzenden Altersvorsorge wirft Fragen nach nachfrageseitigen Hemmnissen auf. Der Beitrag hat dabei im Folgenden die subjektiven Faktoren im Fokus. Dazu wird die Einstellung zur Eigenverantwortlichkeit ausgewertet, und es werden das Vertrauen sowie die Bereitschaft überprüft, sich mit dem System der geförderten Altersvorsorge, genauer gesagt mit der Riester-Rente, zu beschäftigen.

Abbildung 1

Verbreitung der ergänzenden Altersvorsorge (2003 bis 2013)



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Coppola (2014).

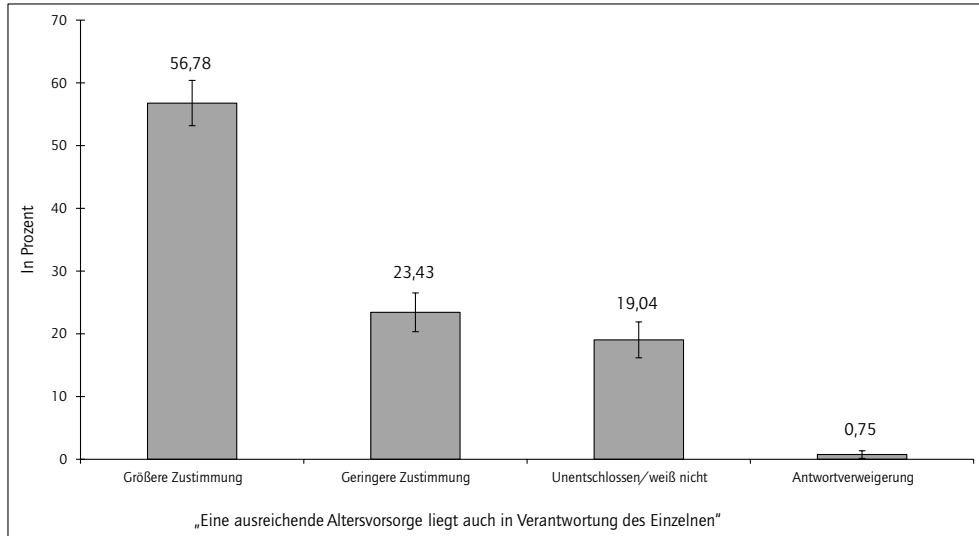
4.1 Systemakzeptanz

Untersucht wurde zunächst, ob sich die mit der Ökonomisierung einhergehende normative Zielsetzung der eigenverantwortlich handelnden Bürgerinnen/Bürger mit der tatsächlichen Einstellung der Konsumentinnen/Konsumenten deckt. Hierfür wurde aus dem SAVE Fragebogen 2013 sowohl die Aussage „Die Altersversorgung ist vor allem Verantwortung des Staats“ als auch die Aussage „Eine ausreichende Altersvorsorge liegt auch in Verantwortung des Einzelnen“ ausgewertet.

Die Bewertung beider Fragen erfolgt anhand einer elfstufigen Likert-Skala: 0 = Stimme voll und ganz zu bis 10 = Stimme überhaupt nicht zu. Die Items 0–4 wurden als größere Zustimmung zusammengefasst, die Items 6–10 als geringere Zustimmung und die mittlere Antwortmöglichkeit 5 als Unentschlossenheit beziehungsweise als Nichtwissen eingestuft (Raaijmakers et al. 2000). Die Reduzierung der Ergebnisse der elfstufigen Likert-Skala auf drei Items, die anschließend als Zustimmungstendenz interpretiert werden, ist in gewissem Maße arbiträr. Solch eine Klassierung mit dem Ziel der Reduzierung der Komplexität geht immer auch mit einem Informationsverlust einher. Antwortverweigernde hingegen wollen vermutlich keine Auskunft über ihre Einstellung geben und überspringen daher diese Frage bewusst, das heißt, die Antwortverweigerung wird nicht als „Nichtwissen“ bewertet, da ansonsten die mittlere Variante, das heißt die Ausprägung 5 gewählt werden würde (Raaijmakers et al. 2000). Antwortverweigerung wird daher auch als solche interpretiert und durch die nicht imputierten Daten ermittelt.

Abbildung 2

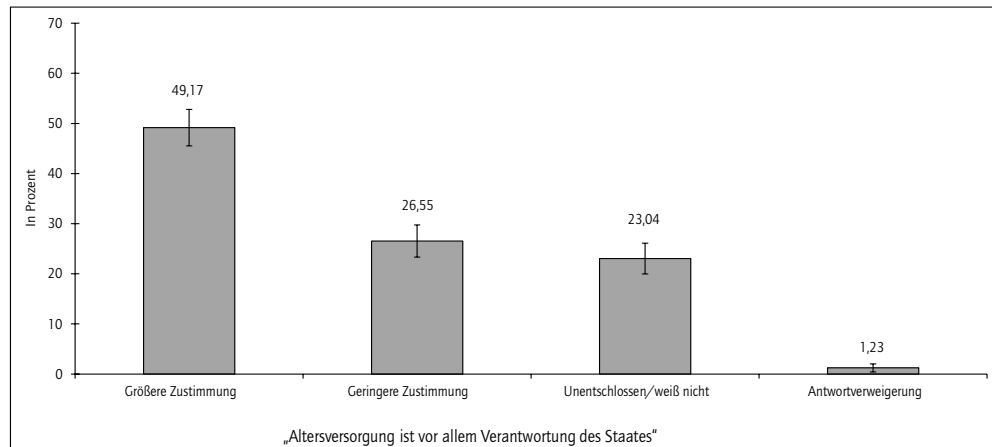
Einstellung zur normativen Zielsetzung der Altersvorsorge I



Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet.
Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).
Quelle: SAVE (2013).

Abbildung 3

Einstellung zur normativen Zielsetzung der Altersvorsorge II



Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet.
Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).
Quelle: SAVE (2013).

Die normative Zielsetzung der Reform des Alterssicherungssystems gibt vor, dass die Absicherung des Risikos der Langlebigkeit zu einem großen Teil in der Verantwortung des Staates liegt, aber eben nicht nur, sondern gerade auch durch die Verantwortung der/des Einzelnen flankiert werden soll, um langfristig finanzierbar zu bleiben. Aus diesem Grund wurde durch die Teilprivatisierung das Element der Eigenverantwortlichkeit im Altersvorsorgesystem zusätzlich gestärkt. Die Abbildungen 2 und 3 zeigen, dass sich die Einstellungen der befragten Konsumentinnen und Konsumenten mit der normativen Vorgabe größtenteils decken.

Ungefähr die Hälfte der Befragten stimmt der Aussage in größerem Maße zu, dass vor allem der Staat für eine ausreichende Altersvorsorge verantwortlich ist. In noch größerem Maße wird der Aussage zugestimmt, dass die/der Einzelne Verantwortung trägt. Dennoch ist Eigenverantwortlichkeit nicht umfassend als normative Ausrichtung anerkannt, denn für immerhin fast ein Viertel der Befragten liegt eine ausreichende Altersvorsorge überhaupt nicht in der Verantwortung der/des Einzelnen. Bemerkenswert ist zudem, dass etwa ein Fünftel der Befragten angibt, unentschlossen zu sein beziehungsweise sich nicht in der Lage sieht, dies zu beurteilen.

4.2 Systemvertrauen

Im nächsten Schritt wird untersucht, ob der ersten beziehungsweise der dritten Säule der Altersvorsorge vertraut wird, ob also die private beziehungsweise die gesetzliche Altersvorsorge von den Befragten als sicher eingeschätzt wird. Ausgewertet werden dafür die Aussagen „Die gesetzliche Altersvorsorge ist sicher“ sowie „Die private Altersvorsorge ist sicher“.

Die Bewertung beider Aussagen erfolgt anhand der bereits zuvor verwendeten elfstufigen Likert-Skala (siehe Abschnitt 4.1 für eine detaillierte Beschreibung). Die Auswertungen (Abbildungen 4 und 5) zeigen, dass sowohl die private als auch die gesetzliche Altersvorsorge als wenig sicher betrachtet werden, wobei das Vertrauen in die gesetzliche Absicherung geringer ist: Mehr als zwei Drittel der Befragten stimmen der Sicherheit der gesetzlichen Altersvorsorge in geringerem Maße zu, wohingegen bei der privaten Altersvorsorge nur etwa die Hälfte der Befragten diese Einschätzung teilt. In Bezug auf die private Absicherung weisen die befragten Personen allerdings eine höhere Unentschlossenheit oder ein höheres Nichtwissen auf als bei der Einschätzung der gesetzlichen Altersvorsorge.

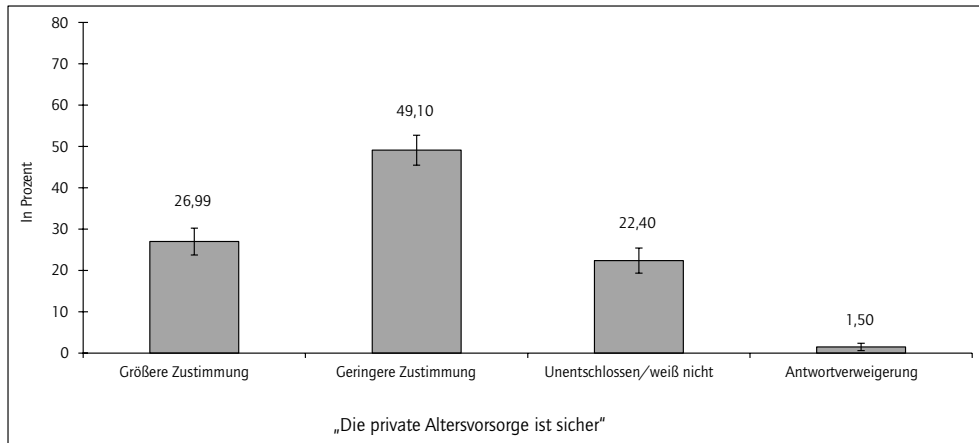
Die Auswertungen zeigen, dass sich die individuelle Einstellung bei einem großen Teil der Befragten mit der normativen Zielsetzung der Eigenverantwortlichkeit deckt. Das Vertrauen in das System ist jedoch gering, besonders wenn es um die gesetzliche Rentenversicherung geht.

4.3 Systemausgestaltung

Neben Akzeptanz- und Vertrauensproblemen kann aber auch eine intransparente Systemausgestaltung dazu führen, dass die Konsumentinnen/Konsumenten eine Auseinandersetzung mit dem Thema der privaten Altersvorsorge verweigern. Daher wird in einem letzten Schritt überprüft, ob die Befragten eine Bereitschaft zeigen, sich mit den Kosten eines Riester-Vertrages und ihrer eigenen Förderberechtigung zu beschäftigen. Anzumerken ist, dass es hierbei nicht nur um eine Überprüfung der korrekten Informiertheit der Konsumentinnen/Konsumenten in Bezug auf die Riester-Produkte geht, sondern um die Frage, ob eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem System der Riester-Rente stattfindet. Die Fragen zur Kosten- und Förderstruktur sind klar formuliert, sodass nicht von Verständnisproblemen auszugehen ist. Eine Ant-

Abbildung 4

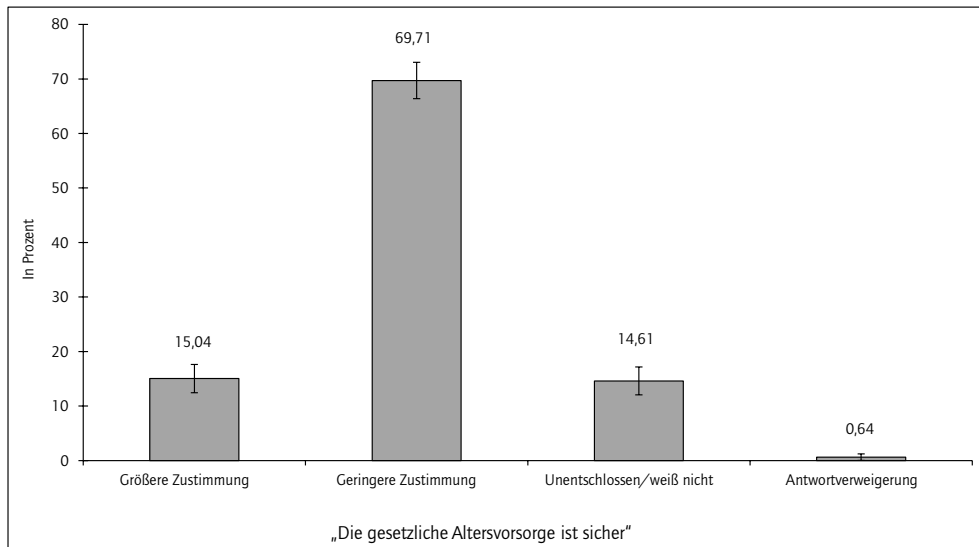
Einschätzung der Sicherheit der privaten Altersvorsorge



Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet. Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).
Quelle: SAVE (2013).

Abbildung 5

Einschätzung der Sicherheit der gesetzlichen Altersvorsorge



Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet. Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).
Quelle: SAVE (2013).

wortverweigerung (*item non-response*) wird daher als aktive Ablehnung interpretiert, die darauf zurückzuführen ist, dass die Befragten nicht antworten wollen oder aufgrund von Unwissenheit nicht antworten können (Beatty und Herrmann 2002). Zur Auswertung der Einschätzung der Kosten und der Förderberechtigung werden, um auch hier eine Antwortverweigerung abbilden zu können, nicht imputierte Daten herangezogen.

Folgende Fragen zur Riester-Förderberechtigung (aus dem SAVE-Fragebogen 2010) sowie zur Riester-Kostenhöhe (SAVE-Fragebogen 2013) werden ausgewertet:

Im Rahmen der sogenannten Riester-Förderung gewährt der Staat für bestimmte Verträge der privaten Altersvorsorge Zulagen und gegebenenfalls Sonderausgabenabzugsmöglichkeiten. Gehören Sie oder Ihr(e) Partner(in) zu der Personengruppe, die diese Förderung grundsätzlich in Anspruch nehmen kann?

- Ja
- Nein, aktuell nicht förderberechtigt, aber früher
- Nein, noch nie förderberechtigt gewesen

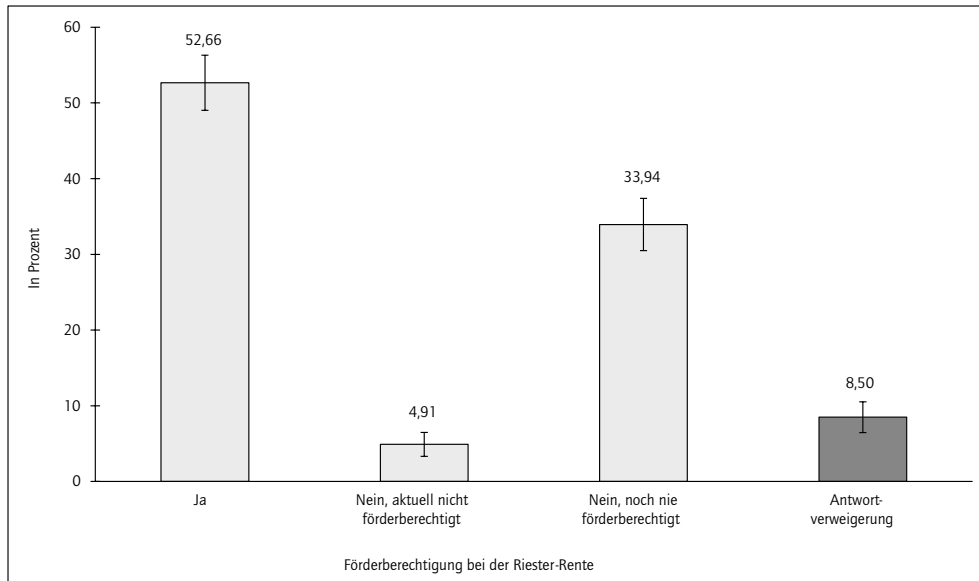
Die Anbieter von Riester-Renten stellen unter anderem Abschlusskosten, Verwaltungskosten und Kontoführungsgebühren für die Riester-Verträge in Rechnung. Wenn sie einmal an den Betrag denken, der jährlich auf einen Riester-Vertrag eingezahlt wird (eigene Sparleistung plus Zulage), was glauben Sie: Wie viel Prozent dieses Betrages wird im Durchschnitt für Kosten verwendet?

- Weniger als 1 % der gesamten jährlichen Beiträge
- Zwischen 1 % und unter 5 % der gesamten jährlichen Beiträge
- Zwischen 5 % und unter 15 % der gesamten jährlichen Beiträge
- Zwischen 15 % und unter 25 % der gesamten jährlichen Beiträge
- Mehr als 25 % der gesamten jährlichen Beiträge

Hinsichtlich der Förderung (Abbildung 6) zeigt sich, dass nur etwa die Hälfte der Befragten angibt, förderberechtigt zu sein. Bei einer genaueren Analyse konnten Coppola und Gasche (2011) zeigen, dass hinsichtlich der Selbsteinschätzung in Gegenüberstellung mit der beobachteten Förderberechtigung in allen Einkommensgruppen eine starke Unterbewertung der Förderberechtigung erfolgt, die gerade im untersten Einkommensquintil besonders groß ist. Bei Coppola und Gasche (2011) ergibt sich die beobachtete Förderberechtigung implizit aus den Angaben der Befragten zu anderen Fragen in SAVE. So ist die Förderberechtigung beispielsweise evident, wenn der Haushaltsvorstand im untersuchten Jahr oder in den Vorjahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt war. Weiterhin wird deutlich, dass der Anteil der Befragten, die die Beantwortung der Frage verweigert haben, mit 8,5 Prozent vergleichsweise hoch ist.

Eine multivariate Probit-Regressionsanalyse, die den Einfluss der verschiedenen soziodemografischen Merkmale und des subjektiven und objektiven Wissens zu Finanzen und Altersvorsorge

Abbildung 6

Einschätzung der Förderberechtigung

Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet.

Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).

Quelle: SAVE (2010).

Kasten 2

Subjektives und objektives Wissen zu Finanzen und Altersvorsorge in SAVE

In SAVE 2009 beurteilen die Befragten zunächst auf einer Likert-Skala von 1 (sehr gering) bis 7 (sehr hoch) ihr subjektives Wissen zu wirtschaftlichen Themen, finanziellen Angelegenheiten, der eigenen Altersvorsorge und ihren mathematischen Fähigkeiten. Die Merkmalsausprägungen werden für die Analyse klassiert in „geringes Wissen“ (1 und 2), „durchschnittliches Wissen“ (3 bis 5) und „hohes Wissen“ (6 und 7). Darüber hinaus wird das Finanzwissen der Befragten mithilfe von drei grundlegenden Fragen approximiert: Die erste Frage erfasst das Verständnis des Zinseffekts, die zweite Frage zielt auf das Verständnis von Inflation ab und die dritte Frage erfasst, ob Individuen den Zusammenhang zwischen Risiko und Produktdiversifikation verstehen. Neben der Einzelauswertung werden die Teildimensionen zu einem „Financial-Literacy-Index“ zusammengefasst. Dieser Index weist für die Befragte/den Befragten einen Wert zwischen 0 und 3 auf. Das Wissen zur Altersvorsorge wird durch zwei Fragen zur gesetzlichen Rentenversicherung gemessen. Zum einen soll angegeben werden, wie hoch 2009 der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten war (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil gemeinsam) und zum anderen soll die Frage beantwortet werden, wofür die Beiträge, die in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden, verwendet werden. Auch hier werden die Teildimensionen für die Analyse zu einem „Altersvorsorgewissen-Index“ zusammengefasst. Dieser Index weist für jede/n Befragte/Befragten einen Wert zwischen 0 und 2 auf (Haupt 2014).

Tabelle 1

Antwortverweigerung in Bezug zur Förderberechtigung

Antwortverweigerung bei der Förderberechtigung	Wahrscheinlichkeit (Probit)		
	Marginaler Effekt	Standardfehler	
	–	–	
Alter 2013	0,002	0,001	*
Weiblich (d)	0,063	0,023	***
1. Einkommensquartil	Referenzkategorie		
2. Einkommensquartil	-0,013	0,025	
3. Einkommensquartil	0,071	0,032	**
4. Einkommensquartil	0,061	0,033	*
Riester-Rente (d)	-0,056	0,023	**
Private Rente, nicht gefördert (d)	0,045	0,024	*
Financial Literacy Index	0,002	0,019	
Altersvorsorgewissen Index	-0,002	0,016	
Kognitive Fähigkeiten Index	0,002	0,010	
Subjektives Wissen Index	-0,002	0,003	
N	728		
(Pseudo)R2	0,06		

(d) Dummy Variable. * 10-Prozent-Signifikanzniveau, ** 5-Prozent-Signifikanzniveau, *** 1-Prozent-Signifikanzniveau, robuste Standardfehler. Insgesamt wurden folgende erklärende Variablen im Rahmen der Analyse herangezogen: Alter 2013, Weiblich (d), Kind (d), FH-Reife/Abitur (d), Einkommensquartile, Riester-Rente (d), betriebliche Altersvorsorge (d), private Rente (nicht gefördert) (d), Wohneigentum (d), Financial Literacy Index, Altersvorsorgewissen Index, Kognitive Fähigkeiten Index, Subjektives Wissen Index.

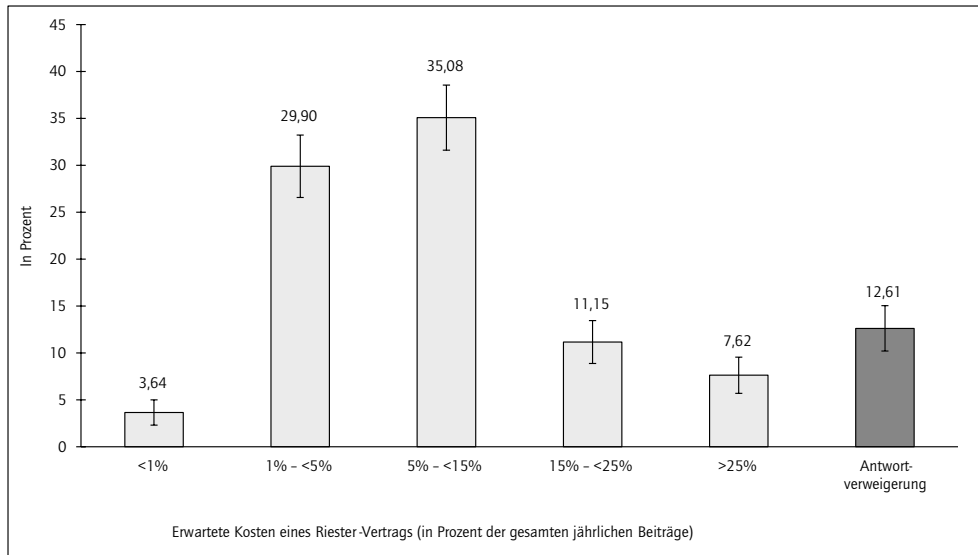
Quelle: SAVE (2010).

als erklärende Variablen auf die Wahrscheinlichkeit die Antwort zu verweigern, quantifiziert, zeigt Folgendes: Weiblich zu sein geht mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit einher, die Antwort zu verweigern (Tabelle 1). Eine ähnliche positive Korrelation zeigt sich bei höherem Einkommen. Der Besitz einer Riester-Rente geht hingegen mit einer signifikant niedrigeren Wahrscheinlichkeit einher, die Antwort zu verweigern; wer also bereits ein solches Produkt abgeschlossen hat, gibt auch eher Auskunft über die Förderberechtigung. Erfragtes subjektives und objektives Wissen zu Finanzen und Altersvorsorge stellt hingegen keine signifikanten Determinanten dar (Kasten 2).

Angesichts der Tatsache, dass bei mehreren unabhängigen Variablen Endogenitätsprobleme und umgekehrte Kausalitäten bestehen könnten, lassen sich die Ergebnisse immer nur als partielle Korrelationen interpretieren. Aussagen über Kausalitäten können nicht gemacht werden. Gleichwohl können signifikante Zusammenhänge wichtige Hinweise auf die zugrundeliegenden Wirkungsgefüge geben.

Wie bereits eingangs erwähnt, bestätigen zahlreiche Untersuchungen der letzten Jahre eine komplexe und intransparente Kostenstruktur der Riester-Rente (Oehler 2009, Westerheide et al. 2010, Gasche et al. 2013, Hagen und Lamping 2013). Diesbezüglich zeigt Abbildung 7, dass gut 87 Prozent aller Befragten, also unabhängig vom tatsächlichen Besitz eines Riester-Vertrags, eine

Abbildung 7

Kosteneinschätzung von Riester-Verträgen

Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet. Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).
Quelle: SAVE (2013).

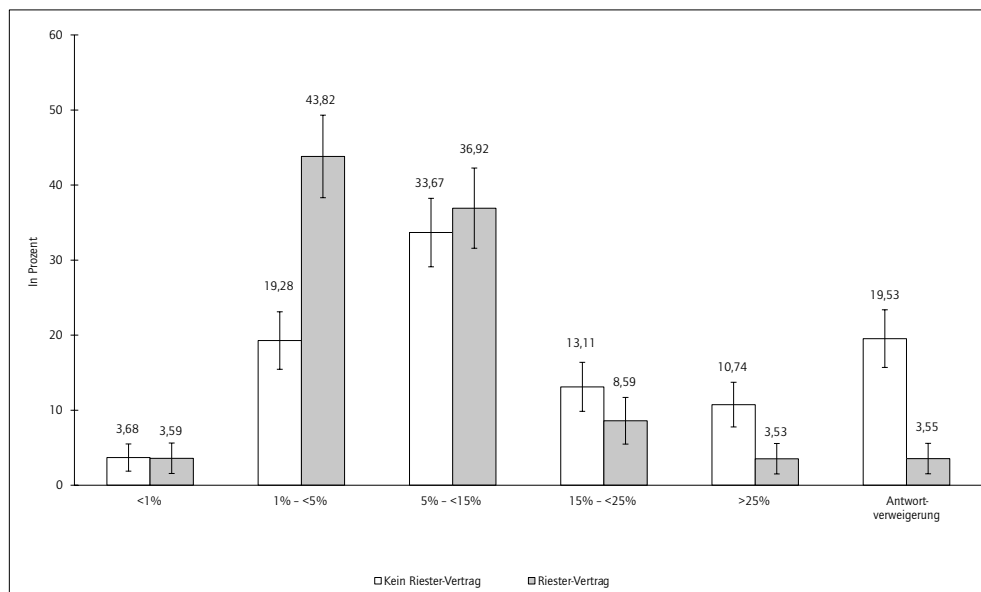
konkrete Einschätzung der Kosten eines Riester-Vertrags abgaben und nicht ganz 13 Prozent die Antwort explizit verweigerten.

Gasche et al. (2013) ermitteln, dass am Markt angebotene klassische Riester-Rentenversicherungen im Median und Mittelwert eine Kostenquote nahe zehn Prozent aufweisen. Ein Großteil aller befragten Personen (35,08 Prozent) ist damit durchaus in der Lage, eine richtige Größenordnung für die Kostenhöhe von Riester-Produkten zu schätzen; sie haben damit eine wichtige Informationsgrundlage für eine rationale Entscheidung in Bezug auf die ergänzende Altersvorsorge. Auffällig ist aber auch, dass ein Teil der Befragten sehr pessimistisch antwortet und die Kostenhöhe größer als 25 Prozent einschätzt (7,62 Prozent). Für gut zwölf Prozent der Befragten wird zudem bescheinigt, dass sie die Kosten staatlich geförderter Altersvorsorgeprodukte nicht bewerten können oder nicht bewerten wollen. Dieser Wert liegt auch deutlich über dem Anteil derer, die eine Beantwortung der Frage zur Förderberechtigung verweigerten. Insgesamt heißt das, dass die Bedingung der vollständigen Informiertheit für einen funktionierenden Wohlfahrtsmarkt bei dieser Gruppe aufgrund von „Nichtwissen“ oder von „Nichtwollen“ explizit nicht vorhanden ist.

Abbildung 8 stellt des Weiteren die Kosteneinschätzung getrennt nach den Personengruppen dar, die einen Riester-Vertrag besitzen beziehungsweise nicht besitzen. Zu erkennen ist bei diesem direkten Vergleich der beiden Gruppen, dass sich die Kosteneinschätzung der Personen mit einem Riester-Vertrag eher an der tatsächlichen Kostenquote orientiert. Ungefähr 24 Prozent der befragten Personen ohne Riester-Vertrag schätzen die Kosten sehr hoch ein, wohingegen nur zwölf Prozent mit einem Riester-Vertrag von einer Kostenquote größer als 15 Prozent ausge-

Abbildung 8

Kosteneinschätzung von Riester-Verträgen (getrennt nach Besitz eines Riester-Vertrags)



Eigene Berechnungen auf Basis des nicht imputierten Datensatzes und der ersten Imputation. Daten sind gewichtet. Konfidenzintervalle (95 Prozent) in schwarz (N = 728).
Quelle: SAVE (2013).

Tabelle 2

Antwortverweigerung bei der Kostenhöhe

Antwortverweigerung bei der Förderberechtigung	Wahrscheinlichkeit (Probit)		
	Marginaler Effekt	Standardfehler	
Alter 2013	0,003	0,001	**
Weiblich (d)	0,026	0,023	
Riester-Rente (d)	-0,130	0,026	***
Subjektives Wissen Index	-0,009	0,003	***
N	728		
(Pseudo)R2	0,14		

(d) Dummy Variable. * 10-Prozent-Signifikanzniveau, ** 5-Prozent-Signifikanzniveau, *** 1-Prozent-Signifikanzniveau, robuste Standardfehler. Insgesamt wurden folgende erklärende Variablen im Rahmen der Analyse herangezogen: Alter 2013, Weiblich (d), Kind (d), FH-Reife/Abitur (d), Einkommensquartile, Riester-Rente (d), betriebliche Altersvorsorge (d), private Rente (nicht gefördert) (d), Wohneigentum (d), Financial Literacy Index, Altersvorsorgewissen Index, Kognitive Fähigkeiten Index, Subjektives Wissen Index.
Quelle: SAVE (2013).

hen. Schließlich zeigt sich auch, dass der hohe Anteil an Antwortverweigernden vor allem von der Gruppe ohne Riester-Vertrag getrieben wird: Lediglich 3,55 Prozent der Gruppe mit einem Vertrag verweigern die Antwort, bei Personen ohne einen Vertrag liegt der Anteil signifikant höher – bei fast 20 Prozent.

Die anschließende multivariate Probit-Regressionsanalyse (Tabelle 2) zeigt im Gegensatz zur Einschätzung der Förderberechtigung, dass insbesondere ein höheres Alter mit einer signifikant höheren Wahrscheinlichkeit einhergeht, die Antwort zu verweigern. Das Geschlecht stellt hingegen keine signifikante Determinante dar. Im Gegensatz dazu verringern der Besitz eines Riester-Vertrags und ein höheres subjektives Wissen zu Finanzen und Altersvorsorge die Wahrscheinlichkeit, die Antwort zu verweigern, signifikant. Wie bereits oben beschrieben, lassen sich auch hier die Ergebnisse immer nur als partielle Korrelationen interpretieren.

Denjenigen Befragten, die eine Kostenhöhe angegeben hatten, kann zusammenfassend attestiert werden, dass sie sich begrenzt-rational im Sinne von Simon (1957) verhalten, das heißt, dass sie auch bei unvollständiger Informationsgrundlage die Bereitschaft zeigen, die verfügbaren Informationen auszuwerten und einzuschätzen. Ob die Kosteneinschätzung jedoch letztlich im Sinne des Homo oeconomicus erfolgt, ob also die Informationsverarbeitung korrekt abläuft, wurde hier nicht untersucht. Dieser Frage müsste in einer weiteren Untersuchung nachgegangen werden.

5 Fazit sowie verbraucher- und sozialpolitische Implikationen

Bisher stand im Fokus der Verbraucherforschung bei Produkten der ergänzenden Altersvorsorge, insbesondere der Abbau von Informationsasymmetrien zwischen den Marktakteurinnen/-akteuren. In Bezug auf die Riester-Rente waren dies vor allem Untersuchungen zur Qualität der Produkte sowie zur Produktgestaltung, beispielsweise hinsichtlich der Zertifizierungskriterien, der Transparenz und der Kosten- sowie Leistungsseite (Hagen und Lamping 2013). Seltenere untersucht wurden hingegen subjektive Indikatoren, die die wahrgenommene Güte von Altersvorsorge-Produkten messen. In diese Forschungslücke stößt die vorliegende Arbeit, die sich der Einstellung zum bestehenden Alterssicherungssystem, dem Systemvertrauen sowie der Bereitschaft der Konsumentinnen/Konsumenten, sich mit dem System der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge auseinanderzusetzen, annähert.

Es zeigt sich zunächst, dass ein Großteil der befragten Personen die Einstellung teilt, dass nicht nur der Staat, sondern auch die/der Einzelne verantwortlich für eine ausreichende Altersvorsorge ist. Diese Einstellung deckt sich mit der gesetzlich vorgegebenen normativen Ausrichtung der Alterssicherungspolitik, die seit einigen Jahren davon geprägt ist, dass das Rentenniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung sinkt und die private und betriebliche Altersvorsorge ausgebaut wird.

Die zunehmende Verbreitung der ergänzenden Altersvorsorge könnte mit der Akzeptanz der Notwendigkeit einer eigenverantwortlichen Absicherung zusammenhängen. Andererseits wurde bei der vorangegangenen Analyse auch deutlich, dass 39 Prozent der befragten Personen über keine ergänzende Altersvorsorge verfügen. Auch wenn also oftmals Präferenzen für eine eigenverantwortliche ergänzende Altersvorsorge seitens der Konsumentinnen/Konsumenten bestehen, könnte die Entscheidungsfindung auch aufgrund weiterer subjektiver Einstellungen,

beispielsweise wegen eines mangelnden Vertrauens den Produkten gegenüber, abgebrochen werden. Eine Auswertung der SAVE-Befragung des Jahres 2013 zeigt, dass ein Teil der Verbraucherinnen/Verbraucher weder der Sicherheit der gesetzlichen noch der privaten Altersvorsorge zustimmt, wobei die Zustimmung zur Sicherheit der gesetzlichen Altersvorsorge etwas geringer ausfällt.

Neben einem fehlenden Vertrauen in die Produkte könnte aber auch eine fehlende Bereitschaft, sich mit den konkreten Produkten zu beschäftigen, ein subjektives nachfrageseitiges Hemmnis darstellen. So hat sich hinsichtlich der Analyse zur Einschätzung der Förderberechtigung und der erwarteten Kosten am Beispiel der Riester-Rente gezeigt, dass ein Teil der befragten Personen die Beantwortung der Fragen gänzlich verweigert. Diese Personen vermeiden aus Gründen des „Nichtwissens“ beziehungsweise des „Nichtwollens“ eine Auseinandersetzung mit dem staatlich geförderten Zusatzvorsorgesystem. Bei der Förderberechtigung verweigern Frauen eher die Antwort, bei der Einschätzung der Kostenhöhe sind es eher jüngere Personen und Personen mit einem niedrigeren subjektiven Wissen zu Finanzen und Altersvorsorge. Es sind also unterschiedliche Gruppen, die je nach Thematik mit zielgruppenspezifischen verbraucher- und sozialpolitischen Maßnahmen erreicht werden sollten.

Sowohl sozial- als auch verbraucherpolitisch können die vorliegenden Ergebnisse durchaus als positives Signal für die Zukunft gewertet werden: Der Paradigmenwechsel in der Alterssicherungspolitik wird mit seinen normativen Zielen von einer Mehrheit der Reformadressatinnen/-adressaten getragen. Bedenklich erscheinen allerdings die oftmals fehlende Zustimmung zur Sicherheit sowohl der gesetzlichen als auch der privaten Altersvorsorge sowie die fehlende Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit dem ergänzenden staatlich geförderten System der Riester-Rente.

Hier fehlt es aus sozial- und verbraucherpolitischer Sicht trotz zahlreicher politischer Absichtserklärungen an vertrauensstiftenden Maßnahmen durch den Gesetzgeber. So ist beispielsweise seit Längerem die Einführung von Produktinformationsblättern von Riester- und Rürup-Renten geplant, die durch transparentere Kostenstrukturen einen gewichtigen Beitrag zu der weiteren Verbreitung der geförderten privaten Altersvorsorge leisten sollen. Bisher mangelt es hier allerdings an einer konkreten Umsetzung. Diese Verzögerung führt möglicherweise dazu, dass das Vertrauen in die Produkte nicht wachsen kann beziehungsweise sogar zu einer weiteren Verunsicherung der Konsumentinnen/Konsumenten führt.

Generell wäre es auch wünschenswert, zu überlegen, ob von staatlicher Seite nicht nur Informationen für derzeitige und potentielle Konsumentinnen/Konsumenten staatlich geförderter Altersvorsorge-Produkte bereitgestellt werden sollten, sondern generell das Vertrauen in die dritte Säule des Alterssicherungssystems gestärkt werden sollte. Dieses könnte möglicherweise aufgrund der anhaltenden Niedrigzinsphase beziehungsweise aufgrund der Kritik der Organisationen des Verbraucherschutzes insbesondere an den Riester-Produkten, geschwächt sein. Denkbar wäre hier beispielsweise eine Erhöhung der staatlichen Zulagen zur Riester-Rente als finanzieller Anreiz zur Vorsorge, vor allem aber im Sinne eines vertrauensstiftenden Signals mit entsprechender positiver Wirkung.

Literaturverzeichnis

- Beatty, Paul und Douglas J. Herrmann (2002): To answer or not to answer: Decision processes related to survey item nonresponse. In: Robert M. Groves, Don A. Dillman, John L. Eltinge und Roderick J. A. Little (Hrsg.): Survey Nonresponse. New York, John Wiley & Sons, 71–86.
- Blank, Florian (2011): Wohlfahrtsmärkte in Deutschland. Eine voraussetzungsvolle Form der Sozialpolitik. WSI Mitteilungen, 64 (1), 11–18.
- Börsch-Supan, Axel und Michela Coppola (2010): SAVE: Sparverhalten und Altersvorsorge in Deutschland. Deutsche Rentenversicherung, 65 (2), 237–244.
- Börsch-Supan, Axel, Michela Coppola, Lothar Essig, Angelika Eymann und Daniel Schunk (2009): The German SAVE Study. Design and Results. MEA Study 06. Mannheim, Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.
- Busemeyer, Marius, Bernhard Ebbinghaus, Stephan Leibfried, Nicole Mayer-Ahuja, Herbert Obinger und Birgit Pfau-Effinger (2013): Wohlfahrtspolitik im 21. Jahrhundert. Frankfurt a. M., Campus Verlag.
- Coppola, Michela (2014): Verbreitung der ergänzenden Altersvorsorge. SAVE 2003 bis SAVE 2013. Mimeo.
- Coppola, Michela und Martin Gasche (2011): Riester-Förderung – Mangelnde Information als Verbreitungshemmnis. Wirtschaftsdienst, 91 (11), 792–799.
- Coppola, Michela und Anette Reil-Held (2009): Dynamik der Riester-Rente: Ergebnisse aus SAVE 2003 bis 2008. MEA Discussion Paper 195. Mannheim, Mannheim Research Institute for the Economics of Aging.
- Dießel, Martin (2012): Die Wirkung von Vertrauen und Misstrauen auf Entscheidungen in sozialen Interaktionen. Eine kognitiv-neurowissenschaftliche Untersuchung. Universität Bonn.
- Gasche, Martin, Tabea Bucher-Koenen, Marlene Haupt und Simon Angstmann (2013): Die Kosten der Riester-Rente im Vergleich. MEA Discussion Paper 269. Munich Center for the Economics of Aging, München.
- Geyer, Johannes und Viktor Steiner (2009): Zahl der Riester-Renten steigt sprunghaft – aber Geringverdiener halten sich noch zurück. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 32/2009, 534–541.
- Hagen, Kornelia und Axel Kleinlein (2011): Zehn Jahre Riester-Rente: Kein Grund zum Feiern. DIW Wochenbericht Nr. 47/2011, 3–14.
- Hagen, Kornelia und Wolfram Lamping (2013): Eine restriktive Produktregulierung gehört auf die politische Agenda: Systematisierung und Diskussion von Reformvorschlägen zum Riester-Sparen aus verbraucher- und sozialpolitischer Sicht. Sozialer Fortschritt, 69 (2), 43–51.
- Hagen, Kornelia und Lucia A. Reisch (2010): Riesterreente: Politik ohne Marktbeobachtung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 8/2010, 2–14.
- Haupt, Marlene (2014): Konsumentensouveränität im Bereich privater Altersvorsorge: Informationen und Institutionen. Baden-Baden, Nomos.
- Hockerts, Hans-Günter (2011): Der deutsche Sozialstaat. Entfaltung und Gefährdung seit 1945. Bonn, Vandenhoeck & Ruprecht.
- Kirchgässner, Gebhard (2008): Homo Oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Tübingen, Mohr Siebeck.

- Lamping, Wolfram (2009): Verbraucherkompetenz und Verbraucherschutz auf Wohlfahrtsmärkten: Neue Herausforderungen an eine sozialpolitische Verbraucherpolitik. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, 78 (3), 44–62.
- Luhmann, Niklas (2000): Vertrauen: Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart, UTB Verlag.
- Nullmeier, Frank (2002): Auf dem Weg zu Wohlfahrtsmärkten? In: Werner Süß (Hrsg.): Deutschland in den neunziger Jahren. Opladen, Springer Verlag, 269–281.
- Nullmeier, Frank (2004): Vermarktung des Sozialstaats. WSI-Mitteilungen, 57 (9), 495–500.
- Oehler, Andreas unter Mitarbeit von Daniel Kohlert (2009): Alles „Riester“? Die Umsetzung der Förderidee in der Praxis. Gutachten im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes e. V.
- Pindyck, Robert S. und Daniel L. Rubinfeld (2009): Mikroökonomie. München, Addison-Wesley Verlag.
- Raaijmakers, Quinten A. W., Anne van Hoof, Harm Hart, Tom M. A. Verbogt und Wilma A. M. Vollebergh (2000): Adolescents' Midpoint Responses on Likert-Type Scale Items: Neural or Missing Values? International Journal of Public Opinion Research, 12 (2), 208–215.
- Schunk, Daniel (2006): The German SAVE Survey: Documentation and Methodology. MEA Discussion Paper 109. Mannheim Research Institute for the Economics of Aging, Mannheim.
- Sesselmeier, Werner (2008): Sozio-ökonomischer Wandel: Ein Überblick. In: Lothar Funk (Hrsg.): Anwendungsorientierte Marktwirtschaftslehre und Neue Politische Ökonomie: wirtschaftspolitische Aspekte von Strukturwandel, Sozialstaat und Arbeitsmarkt; Eckhard Knappe zum 65. Geburtstag. Marburg, Metropolis-Verlag, 163–186.
- Simon, Herbert A. (1957): Models of Man: Social and Rational. New York, Wiley.
- Ullrich, Carsten G. (2008): Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster. Wiesbaden, VS-Verlag für Sozialwissenschaften.
- Vogel, Berthold (2009): Wohlstandskonflikte. Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen. Hamburg, Hamburger Edition.
- Westerheide, Peter, Michael Feigl, Lena Jaroszek, Johannes Leinert und Achim Tiffe (2010): Transparenz von privaten Riester- und Basisrentenprodukten. Projekt im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. Berlin.
- Yollu-Tok, Aysel (2010): Die fehlende Akzeptanz von Hartz IV. Baden-Baden, Nomos.